

Zürcher Initiative für einen Kinderbetreuungsfonds

Zahlt die Wirtschaft schon genug?

Copyright ©
Neue Zürcher
Zeitung AG.
Alle Rechte
vorbehalten.
Eine

INTERVIEW / von Walter Bernet / 7.9.2016, 05:30 Uhr

Am 25. September stimmt das Zürchervolk darüber ab, ob die familienexterne Kinderbetreuung durch Beiträge der Wirtschaft verbilligt werden soll. SP-Nationalrätin Jacqueline Badran und CVP-Präsidentin Nicole Barandun im Streitgespräch.

Frau Barandun, für viele Eltern lohnt sich ein Zweiteinkommen nicht, weil es durch die Betreuungskosten aufgefressen wird. Was kann man dagegen tun?

Nicole Barandun: Da stimmt schon die Grundaussage nicht. Wirklich teuer ist nur die kurze Zeit der vorschulischen Betreuung. Die Betrachtungsweise ist zudem zu kurzfristig. Ein nahtloser Anschluss im Beruf nach der Geburt eines Kindes ist eben nicht nur eine finanzielle Frage, er ist vor allem eine Investition in die berufliche Zukunft der Frau.

Frau Badran, weshalb plädieren Sie als Unternehmerin dafür, den Betrieben eine «Krippensteuer» zur Senkung der hohen Betreuungstarife aufzuerlegen.

Jacqueline Badran: Die Unternehmen haben einen direkten Nutzen, wenn die Kinderbetreuung für ihre Arbeitnehmer bezahlbar ist. Wenn die Kosten für die Betreuung gleich hoch oder sogar noch höher als der Zusatzverdienst sind, wird die Berufsarbeit unattraktiv. Die Eltern in meiner Firma sind alle gut ausgebildet. Sie würden durch eine drei- bis vierjährige Pause in ihrer Karriereperspektive nicht sehr stark eingeschränkt. Ich brauche diese Leute aber und bin froh, dass sie nicht gekündigt haben, als sie Kinder bekamen. Deshalb trage ich gerne dazu bei, dass sie verfügbar bleiben. Kommt hinzu, dass ich durch die hohen Betreuungskosten unter einem Lohndruck stehe. Den würde ich mir und allen KMU gerne wegnehmen.

«Ein nahtloser Anschluss im Beruf nach der Geburt eines Kindes ist eben nicht nur eine finanzielle Frage.» – Nicole Barandun

Frau Barandun, was sagen Sie zur These eines Lohndrucks aufgrund der Betreuungskosten?

Barandun: Natürlich muss der Lohn angemessen sein. Aber gerade wenn es darum geht, Frauen im Beruf zu behalten, spielen auch ganz andere Punkte eine wichtige Rolle, insbesondere die Verfügbarkeit der Stelle nach einer Babypause. Das gewährleisten viele Gewerbebetriebe, weil es für sie wichtig ist, Fachkräfte nicht zu verlieren. Das Wichtigste aber ist eine entsprechende Kultur: Man sollte zum Beispiel wichtige Sitzungen nicht auf den schulfreien Mittwochnachmittag legen, man muss akzeptieren, dass ein Elternteil hin und wieder fehlt, weil ein Kind krank ist. Die Initiative nimmt nur den finanziellen Aspekt in den Blick. Diese Belastung entschärft sich massiv, wenn die Kinder mit vier Jahren in den Kindergarten kommen.



Pro und Contra

wbt. · Die Gesprächsteilnehmerinnen Jacqueline Badran und Nicole Barandun vertreten die Komitees «[Bezahlbare Kinderbetreuung für alle](#)» beziehungsweise «[Nein zur Krippensteuer](#)». Badran ist Unternehmerin in der IT-Branche und Zürcher SP-Nationalrätin. Barandun ist Rechtsanwältin und präsidiert die CVP des Kantons Zürich sowie den Gewerbeverband der Stadt Zürich. Die Initiative «Bezahlbare Kinderbetreuung für alle» ist von der Alternativen Liste lanciert worden und findet Sukkors bis in die Mitteparteien. Selbst eine SVP-Vertreterin ist im Komitee. SVP, FDP und CVP lehnen sie klar ab.

Badran: Frau Barandun hat nicht unrecht, wenn sie sagt, dass andere Faktoren auch wichtig sind. Aber hier reden wir nun einmal über die Finanzierung. Es ist nicht wegzudiskutieren, dass die Firmen in den letzten 15 Jahren steuerlich massiv entlastet wurden. Das gilt nicht nur für die Konzerne, sondern auch für die KMU. Gleichzeitig beziehen sie immer noch die gleichen Leistungen: gut ausgebildete Leute, verfügbare inländische Arbeitskräfte. Da geht es einfach nicht, dass sie sich konsequent und permanent aus der finanziellen Mitverantwortung für die Kinderbetreuung stehlen und die ganze Last dem Mittelstand aufbürden. Es ist ordnungspolitisch richtig, dass die Last von allen Profitierenden getragen wird, also den Familien und Unternehmen via Beiträge und der Gesellschaft via Steuern.

Barandun: Den Gemeinden steht es ja heute schon offen, Krippenplätze zu subventionieren. In der Stadt Zürich ist das bis zu einem Einkommen von 100 000 Franken in Abstufungen ja auch der Fall. Man kann aber nicht einfach alles, was die Gesellschaft nicht übernehmen will, an die Unternehmen delegieren. Was die Initiative will, ist nichts anderes als eine Steuer. Und es stimmt einfach nicht, dass die Unternehmen in den letzten Jahren entlastet wurden. Der Kanton Zürich liegt im interkantonalen Vergleich bei der Unternehmensbesteuerung immer noch auf Platz 21. Der Mittelstand ist viel besser gestellt – zwischen Platz 3 und 7. Enorm gestiegen sind die Gebühren. Es gibt einen breiten Konsens, dass man die Unternehmen angesichts des starken Frankens und der Wettbewerbssituation nicht noch mehr belasten soll. Mit der «Krippensteuer» erhöht man die Lohnkosten in einem denkbar schlechten Moment.

**«Es ist nicht wegzudiskutieren, dass die Firmen in den letzten 15 Jahren steuerlich massiv entlastet wurden.» –
Jacqueline Badran**

Badran: Das ist nichts anderes als Realitätsverweigerung. Allein im Kanton Zürich haben wir 2005 die Kapitalsteuer halbiert, wir haben den Steuersatz gesenkt und vor allem die Steuerbasis reduziert. In der Stadt Zürich machen allein die kantonalen Steuerreformen der letzten Jahre zugunsten der Unternehmen, von denen vor allem die Konzerne profitieren, 20 Steuerprozent aus. Das sind Dimensionen, die relevant sind, und die verhindern, dass man den Mittelstand entlasten kann. Wenn man dann noch die Unternehmenssteuerreform II mit der Dividendenbesteuerung dazu nähme, würde es noch deutlicher. Wenn man jetzt die Unternehmen mit bescheidenen 2 Promille der Lohnsumme in die Pflicht nimmt, einen kleinen Teil an den ganzen

Kuchen beizutragen, ist das ein Bruchteil dessen, was die Unternehmen durch die Steuerreformen gewonnen haben. Für meine Firma wäre es der 15. Teil der Einsparungen. Das sind die Fakten.

Barandun: So stimmt das insbesondere für die KMU nicht. Alle Firmen beteiligen sich zudem über das Steueraufkommen bereits heute an den Betreuungskosten.

Badran: 95 Prozent der KMU in diesem Land zahlen gar keine oder kaum Steuern. Das sagt Economiesuisse.

Barandun: Im Kanton Zürich ist es anders. Hier zahlen die Firmen überdurchschnittlich viel. Zudem belegt die Economiesuisse-Studie, dass es gerade die kleinsten Unternehmen sind, die keine Gewinnsteuern zahlen. Es sind Betriebe wie der Bäcker an der Ecke und der kleine Coiffeur nebenan.

Badran: Die zahlen aber auch nachher nichts. Es sind Konzerne wie Google, die bezahlen werden.

Barandun: Doch, über höhere Lohnnebenkosten bezahlen auch die Kleinen, denn Löhne zahlen auch sie.

**«Man kann nicht alles, was die
Gesellschaft nicht übernehmen will, an
die Unternehmen delegieren.» – Nicole
Barandun**

Badran: Das Hauptproblem ist doch die erodierende Kaufkraft des Mittelstandes. Fragen Sie doch einmal ihren Coiffeur, ob er es lustig finde, dass viele seiner Kundinnen die Haare selber färben, weil sie wegen steigender Mieten, Krankenkassenprämien, Steuern viel weniger ausgeben können.

Barandun: Tatsache ist, dass der Mittelstand nicht so leidet, wie das immer behauptet wird. Ein Bericht im Auftrag des Bundes zeigt auf, dass die Einkommen des Mittelstandes zwischen 1998 und 2012 am stärksten von allen gestiegen sind. Und dass die Belastung vergleichsweise wenig zugenommen hat in dieser Zeit.

Badran: Diese Studie ist ein Witz. Sie geht von Haushaltseinkommen aus. Dabei wird nicht erfragt, wie viele Stellenprozente zum Einkommen beitragen.

Wo liegen denn die Mängel des heutigen Angebots? Sind es die Unterschiede zwischen den Kommunen? Ist es das Prinzip, dass das kommunale Angebot sich nach dem lokalen Bedarf richten soll?

Barandun: Dass der Kanton die Gemeinden verpflichtet hat, ein bedarfsgerechtes Angebot zu gewährleisten, ohne selbst der Anbieter sein zu müssen, ist richtig. Wer nach der Geburt eines Kindes weiter arbeiten möchte, soll nicht durch fehlende Betreuungsplätze davon abgehalten werden. Es müssen aber nicht immer Krippen sein. Ein gewisser Wettbewerb unter den Gemeinden ist durchaus erwünscht. Gute Angebote können bei der Wahl des Wohnorts den Ausschlag geben. Das ist bei den Schulen ja auch so.

Was ist für Sie das Ungerechte am System, Frau Badran?

Badran: Es sind hauptsächlich die Kosten. Für ihre Höhe gibt es verschiedene Gründe, im internationalen Vergleich schlägt diese aber gar nicht so stark nach oben aus. Man könnte sicher etwas sparen, aber wo der Hebel ist, der auf Akzeptanz stossen würde, kann ich auch nicht sagen. Der Spielraum für Kostensenkungen ist relativ klein. Darum bleibt das Hauptproblem die Finanzierung. Die Normkosten für eine Familie in der Stadt Zürich betragen 125 Franken pro Tag und Kind.

Barandun: Aber nur für voll Zahlende im vorschulischen, ganztägigen Bereich. Wir reden also von einer Dauer von rund drei Jahren.

Badran: Trotzdem: Wenn man zwei Kinder hat, muss man pro Tag mindestens 350 Franken verdienen, um gerade so durchzukommen. Die Kosten sind das Hauptproblem. Deshalb sollen die daran zahlen, die den Nutzen haben.

«Das Hauptproblem ist doch die erodierende Kaufkraft des Mittelstandes.» – Jacqueline Badran

Barandun: Die Unternehmen sind bereits heute in der Pflicht. Sie zahlen nicht nur Steuern, sondern auch Löhne und Vorsorgegelder an ihre Mitarbeitenden, die wiederum Steuern entrichten. Viele Eltern vergessen bei der Berechnung, dass sie Lücken in der Altersvorsorge haben, wenn ein Elternteil auf Erwerbsarbeit verzichtet.

Badran: Ich gebe Ihnen ja recht, dass es aus verschiedenen Gründen Sinn macht, weiterzuarbeiten, auch wenn es sich nicht unmittelbar rechnet. Nur ist das kein Argument gegen diese Vorlage. Das Gros der Eltern macht keine solche Abwägungen. Bei ihnen geht es darum, dass sie die Miete nicht mehr bezahlen können, wenn nicht beide arbeiten.

Barandun: Sie gehen davon aus, dass mit sinkenden Tarifen sich mehr Frauen dazu entscheiden würden, eine Erwerbsarbeit aufzunehmen oder ihr Arbeitspensum zu erhöhen. Eine neue Studie von Monika Stampfli von der Universität Sankt Gallen zeigt aber auf, dass dieses Potenzial heute wohl ausgeschöpft ist. Mehr Frauen für die Wirtschaft gewinnen man nicht mit tieferen Krippentarifen, sondern mit der Bereitschaft der Männer, mehr zur Familienarbeit und zur Kinderbetreuung beizutragen. Wir müssen also vor allem Teilzeitpensum für Männer ermöglichen. Da stehen die Unternehmen in der Pflicht.

Badran: Da herrscht doch überhaupt kein Widerspruch. Wir sind hier einer Meinung. Aber es ist kein Argument gegen die Initiative.

Barandun: Aber es zeigt, dass diese den erwünschten Effekt nicht haben wird, der Wirtschaft aber schadet.

Wir sind uns einig, dass der Spielraum nach unten bei den Kosten beschränkt ist. Wo könnte man trotzdem sparen?

Barandun: Es gibt nicht nur die Krippen. Es gibt zahlreiche Alternativen, die in der Regel günstiger sind, wie die Tagesmütter. Man kann sich auch nachbarschaftlich organisieren, beispielsweise über Mittag. Solche Modelle sollte man wieder mehr pflegen.

Badran: Den ganz grossen Kostenblock stellen die Löhne dar. Lohnsenkungen sind aber keine Option, da sind wir uns einig. Die Verantwortung erfordert anständige Löhne – sie stellen immer auch Kaufkraft dar, was das Gewerbe gern vergisst. Schrauben kann man allenfalls an den Betreuungsverhältnissen.

**«Die Tagesschulen werden die
Gemeinden dann stark belasten, wenn
wir überzogene Anforderungen an die
Mittagsbetreuung stellen.» – Nicole
Barandun**

Ein Topf mit jährlich 120 Millionen Franken ist verlockend. Besteht nicht die Gefahr, dass die Verteilmechanismen gerade die einfachsten und günstigsten Lösungen benachteiligen?

Barandun: Eine Gemeinde mit eigener Krippe wird natürlich versucht sein, das Geld vor allem in ihrer Krippe einzusetzen. Wenn die Tagesmutter im Verhältnis zur Krippe dann plötzlich teurer wird, zeigt sich die Benachteiligung anderer Angebote klar. Es gehört zu den Schwächen der Initiative, dass sie kein Wort über einen möglichen Verteilschlüssel verliert.

Badran: Das ist Sache des Gesetzgebers. Dass sie ihm das überlässt, ist eine Stärke der Initiative. So kann die Verteilung nach Bedarf und Entwicklung angepasst werden. Es muss ja auch in zehn Jahren noch stimmen. Übrigens sind längst nicht alle Krippen staatlich, in der Stadt Zürich sind 98 Prozent private Einrichtungen.

Barandun: Das betrifft aber die schulischen Betreuungseinrichtungen wie die Horte nicht.

Als Vorbild dargestellt werden immer wieder die Westschweizer Fondslösungen. Dort ist die Verteilung allerdings eine komplexe Angelegenheit. Kann man das überhaupt einfach machen?

Barandun: Ich bezweifle es. Modelle, bei denen die Wirtschaft einen Anteil trägt, gibt es in Europa sonst praktisch nicht. Wo die Krippen und Horte günstig sind, ist der Staat bereit, einen grossen Teil der Kosten zu tragen.

Badran: Sie sollten ins Hyperventilieren geraten angesichts dessen, was mit der Unternehmenssteuerreform III auf die Gemeinden und den Mittelstand zukommt. Wenn wir auf Tagesschulen zusteuern, müssen wir uns bewusst sein, dass das extrem teuer wird. Keine Gemeinde kann dies aus Steuermitteln stemmen, auch der Kanton nicht. Also werden die Tarife eben wieder auf die Eltern überwältzt. Deshalb brauchen wir die jährlich 120 Millionen Franken, egal ob sie für Krippen, Horte oder Tagesschulen eingesetzt werden. Die Mechanismen der Verteilung sind eine sekundäres Problem. Der Gesetzgeber wird eine einfache und für die Zukunft flexible Lösung finden.

Barandun: Ein Fonds ist immer die schlechteste Variante, weil er sich stets wieder füllt und die Gelder auf jeden Fall verteilt werden – ob Bedarf besteht oder nicht. Die Tagesschulen werden die Gemeinden dann stark belasten, wenn wir überzogene Anforderungen an die Mittagsverpflegung und -betreuung stellen. Dafür muss man einfache, niederschwellige Lösungen finden. Wir sind da einfach noch nicht auf dem neusten Stand umliegender Länder, die kostengünstige

Tagesschulen haben.

«Sie sollten ins Hyperventilieren geraten angesichts dessen, was mit der Unternehmenssteuerreform III auf die Gemeinden und den Mittelstand zukommt.» – Jacqueline Badran

Badran: Ich habe 16 Winter Skischule gegeben. Wenn ich über Mittag einmal nicht aufgepasst habe, haben sich die Kinder mit Spaghetti beworfen. Ich bin nicht so sicher, dass man den Kindern einfach einen Raum und einen Tisch zur Verfügung stellen kann.

Barandun: Das meine ich auch nicht. Aber es muss ja nicht unbedingt eine Betreuungsperson pro drei Schüler sein. Die Eltern werden profitieren, weil für sie der Hort wegfällt. Auch für die Tagesschule müssen sie bezahlen; dazu sind sie auch bereit.

Eine stressfreie Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist das erklärte Ziel der Initianten. Welche Prioritäten würden sie selber setzen, um das Ziel zu erreichen?

Badran: Die Väter zur Teilzeitarbeit anhalten, die Unternehmer dafür in die Pflicht nehmen – das alles gehört ins Arsenal der schönen Sonntagsreden. Ich glaube ich nicht, dass solche Appell-Politik funktioniert. Es muss real und konkret etwas passieren. Die Initiative ist dabei ein Element unter vielen.

Barandun: Die Unternehmen übernehmen die Verantwortung bereits heute in vielen Bereichen sehr wohl. Die Finanzierungsfrage hindert die Frauen nicht an der Erwerbsarbeit. Verbessern kann man sich bei der Ermöglichung von Home Office und Teilzeitarbeit für Männer.

Zum Thema



AL-Initiative «Kinderbetreuung Ja»

So geschlossen ist die Abwehrfront nicht

25.5.2016, 09:00

Soll die Zürcher Wirtschaft einen Teil der Kosten der Kinderbetreuung tragen müssen? Nein, sagen die politische Mitte und die Rechte.

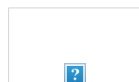


Betriebliche Kinderbetreuung

Von der Rabenmutter zur Supernanny

von Jenni Thier / 21.8.2015, 15:45

Lange behandelten Schweizer Firmen die Kinderbetreuung ihrer Mitarbeiter eher stiefmütterlich. Das hat sich mittlerweile geändert.



Tagesschule 2025 in Zürich

Das Schulhaus Leutschenbach gibt Gas

von Irène Troxler / 2.2.2016, 05:30

Fast unbemerkt vollzieht sich in Zürich zurzeit eine kleine Revolution an der Volksschule.



Abstimmungen vom 25. September

«Bezahlbare Kinderbetreuung» auf einen Blick

von Walter Bernet / 8.9.2016, 14:06

Die Zürcher Wirtschaft soll sich an den Kosten der Kinderbetreuung beteiligen.

Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.